

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rothemund MdL,
Mitglied des SPD-Vorstan-
des, unterstreicht, daß
Verhandlungen für Europa
lebenswichtig sind: ...
und wann redet die Union
über die Neutronenbombe?
Seite 1

Erwin Horn MdB warnt,
daß der Verteidigungs-
haushalt die Wirtschaft
nicht gefährden darf;
Vernunft und Notwendig-
keit.
Seite 4

Dokumentation
Zehn Thesen Egon Bahrs
auf dem SPD-Forum
Frieden.
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang/ 162

27. August 1981

Verhandlungen sind lebenswichtig

....und wann redet die Union über die Neutronenbombe?

Von Dr. Helmut Rothemund MdL
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Am Wochenende hat sich die Internationale Abrüstungskommission in Genf, der 40 Nationen einschließlich aller Atom-mächte angehören, auf kommenden Februar vertagt - ohne Fortschritte erzielt zu haben. Für uns im Herzen Europas ist das ein Alarmsignal, sind wir doch in erster Linie und am akutesten von einer möglichen atomaren Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten bedroht. Unsere Hoffnung bleibt, daß der umfassende Stufenplan zur Abrüstung und Friedenssicherung, den die Bundesregierung mit Unterstützung von Großbritannien, Japan, Australien und Belgien dieser Kommission vorgelegt hat, zu Beginn des nächsten Jahres die Entspannungsverhandlungen ein gutes Stück voranbringt.

Allerdings stehen die Chance derzeit nicht gut. In diesem einzigen multinationalen Gremium für Verhandlungen über Abrüstung sitzen sich die USA und die Sowjet-Union gegenüber, zwischen denen sich die Fronten verhärtet haben. Schuld an diesem Rückfall in die Aufrüstungsspirale ist die Order des US-Präsidenten Reagan, die Neutronenbombe zu bauen. Reagan hat durch diese einsame Entscheidung die Bemühungen der Bundesrepublik und Europas um Frieden und Entspannung untergraben.

Das Thema "Neutronenbombe" berührt unsere Interessen, ja unser Leben so unmittelbar, daß sich alle demokratischen Kräfte in unserem Lande jetzt um eine intensive Diskussion bemühen müssen. Der Bau, die Lagerung, die Stationierung dieser Waffe sind Fragen, die an keinem Politiker spurlos vorbeigehen dürfen. Diese Debatte muß geführt werden, auch wenn man dabei vielleicht einen amerikanischen Präsidenten auf die Zehen tritt. Die Sozialdemokraten haben sich für diese Diskussion geöffnet.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat unmißverständlich klar gemacht, daß eine Stationierung dieser Waffe auf deutschem Boden nur vorstellbar ist, wenn das Bündnis die Stationierung auch in anderen Ländern gemeinsam beschließt und wenn

Erwählter Umwelt-
minister
Karlheinz
Huber



die zu führenden Rüstungskontrollverhandlungen ergebnislos geblieben sein sollten. Schon heute scheint absehbar, daß die erste Bedingung von den Staaten der NATO nicht erfüllt wird. Die zweite Kondition, ergebnislose Entspannungsverhandlungen, indes ist bedauerlicherweise nahegerückt. Der Alleingang der USA hat nicht nur ihre eigene Verhandlungsbereitschaft, sondern auch die Bemühungen der europäischen Staaten um den Frieden in Mißkredit gebracht. Da hilft es wenig, wenn der amerikanische Präsident hemdsärmelig Verhandlungen anbietet, wenn sein Außenminister Haig und sein Verteidigungsminister Weinberger gleichermaßen tönen.

Doch nicht nur das: Reagans Entscheidung bedeutet auch einen schweren Schlag gegen die Verständigungsbereitschaft in der NATO. Dazu bedurfte es gar nicht der inzwischen dementierten Meldung des "Guardian", der von einer Stationierung der Neutronenbombe über die britische Rheinarmerie in der Bundesrepublik sprach.

Bislang durften die westeuropäischen Bündnispartner davon ausgehen, daß die Entscheidungen in der NATO gemeinsam gefällt werden. Jetzt ist aber völlig unnötigerweise ein Mißtrauen gekommen gegen die USA, deren "Politik der Stärke" an den Lebensnerv Europas rührt. Westeuropa konnte bislang davon ausgehen, daß mit den USA ein Konsens über Frieden und Verteidigung besteht; heute sieht es eher danach aus, als ob die Bundesrepublik und ihre westeuropäischen Nachbarn mit den USA genauso Verhandlungen zu führen gezwungen sind wie mit dem Ostblock.

Verhandlungen über Frieden und Abrüstung sind lebenswichtig für Europa; sie sind aber durch die Ankurbelung des Rüstungswettlaufs empfindlich gestört worden. Denn: Verhandlungen sind nur dann sinnvoll, wenn ein ungefähres Gleichgewicht - das bestimmt nicht durch ein gegenseitiges Abzählen von Raketen und Panzern zu ermitteln ist - herrscht, nicht aber dann, wenn ein Gesprächspartner sich einen Vorteil zu verschaffen versucht, um dann aus der Position des Stärkeren zu diktieren.

Daß die USA dazu ausgerechnet die Perversion der Nuklearwaffen, der Neutronenbombe, einsetzen wollen, ist widersinnig. Der "Vorteil" der USA ist sicher nur von kurzer Dauer, da die UdSSR gleichzuziehen versuchen wird.



Leider hat Reagan bei uns viele Nachbeter. Die Union insgesamt ist nicht bereit, überhaupt über diese unmenschliche Waffe, die Sachwerte schont und dafür das Leben mit einem qualvollen Tod bedroht, zu reden. Da ist ein Herr Strauß, der die Neutronenbombe der Bundeswehr angedient hat, natürlich nur unter amerikanischer Kontrolle, damit die USA bei uns nach Belieben schalten und walten können. Da ist ein Herr Kohl, der jenen, die sich gegen diese Waffen wehren, vorwirft, sie wollten die Bundesrepublik bündnisunfähig zu machen, ohne zu sehen, daß die USA genau dies selbst provozieren. Die berechtigte Angst, die Sorge um den Frieden und damit ums Überleben, wie sie von Sozialdemokraten, aber auch von vielen Vertretern aus dem Bereich der Schriftsteller, der Journalisten, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Friedensforscher artikuliert wird, qualifiziert jene Union, deren verteidigungspolitische Sprecher Graf Hugu und Marx ob der amerikanischen Pläne in Jubelrufe ausbrachen, als "hysterische Reaktionen" ab. Alle, die Zweifel, Bedenken, Befürchtungen an dieser grausamen Waffe anmelden, werden von führenden Vertretern der Union mit starken Worten wie "Anti-Amerikanismus, Neutralismus, Pazifismus" bedacht, ja, als "Sprachrohr Moskaus" betitelt. Offenbar schaffen Strauß und Kohl es nur noch auf diese Weise, die auch in ihren Parteien schwelende Nachdenklichkeit in Zaum zu halten. Es stünde CDU und CSU aber wesentlich besser an, von ihren Anbiederungsversuchen gegenüber Ronald Reagan wegzukommen und die Diskussion über die Neutronenbombe auch in ihren Reihen einzuleiten.

Wir wollen den Frieden in Europa. Deshalb müssen wir den Drohgebärden der USA, den gleichen, die Kohl bei Moskau ausgemacht hat, um Furcht und Gefügigkeit zu erzwingen, eine bundesdeutsche, eine eigene europäische Friedenspolitik entgegensetzen, wenn wir der Gefahr begegnen wollen, zwischen den Rüstungsgiganten USA und Sowjetunion atomar zerrieben zu werden.

(-/27.8.1981/hi/ca)

+ + +



Vernunft und Notwendigkeit

Verteidigungshaushalt darf Wirtschaft nicht gefährden

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die USA sind an diesem Wochenanfang gleich von zwei Hiobsbotschaften betroffen worden. Im Juli betrug die Inflationsrate 15,2 Prozent. Präsident Reagan hat als Jahresdurchschnitt eine Preissteigerungsrate unter zehn Prozent, das heißt eine einstellige Inflationsrate, angestrebt. Daß sie kaum zu verwirklichen ist, wird offenbar. Zum zweiten sind die enormen Kursrückgänge zu registrieren, die sichtbar geworden sind. Die Furcht vor einer tiefen Rezession und auch fehlendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik und die Geldpolitik der Notenbank haben in Wallstreet zu Wochenanfang zu tiefen Verlusten am Aktien- und langfristigen Anleihemarkt geführt. Die Gründe dafür sind verschiedener Art.

Obwohl der Präsident immer noch beteuert, daß das Defizit im nächsten Haushaltsjahr keinen Pfennig über der geplanten Größe von 42 Milliarden Dollar liegen werde, findet sich noch kaum ein Konjunkturoperte, der nicht einen Fehlbetrag von mehr als 60 Milliarden Dollar schätzt. Mitunter werden Größenordnungen zwischen 60 und 100 Milliarden Dollar angenommen.

Die hohe Zinspolitik, die Bundeskanzler Helmut Schmidt in Ottawa sehr hart kritisierte, betraf anfänglich die Verbündeten der Vereinigten Staaten, vor allen Dingen die europäischen Länder und Japan. Diese Bewegung schlägt nun auf die USA selbst zurück. Sie wird betroffen von ihrer eigenen Hochzinspolitik. Mittlere und kleine Unternehmer geraten zunehmend in eine Flaute, das ein sichtbarer Auftragsabfall erfolgt. Das Baugewerbe ist praktisch zum Erliegen gekommen wie Experten der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten versichern. Die Konsequenz aus diesen Ergebnissen deutete bereits der Pressesprecher des Präsidenten auf dem kalifornischen Urlaubsort Santa Barbara an. Die sieben Prozent angestrebten Erhöhungen im Verteidigungshaushalt für die nächsten fünf Jahre seien keine Fixzahl, sondern nur ein erstrebenswertes Ziel.

Sichtbar wurde diese Bewegung schon, als im Juli der stellvertretende Verteidigungsminister gestand, daß mögliche Mehrkosten zwischen zwei und zehn Milliarden Dollar für das Haushaltsjahr 1982 vorliegen würden, so daß wenige Wochen später das Budgetamt des Präsidenten sich genötigt sah, den Entwurf des Wehretats für 1983 um fünf Prozent gegenüber dem Planbudget zu streichen. Dahinter steht auch die Sorge, daß die enormen Anstrengungen im Verteidigungshaushalt die Wirtschaft des Landes gefährden könnten.

Genau dieser Gesichtspunkt bewegt die deutsche Politik. Es zeigt sich eindeutig, daß Bundeskanzler Schmidt in seinen Warnungen gegenüber Präsident Reagan früher bestätigt wurde, als man seinerzeit in Ottawa auf dem Gipfel angenommen hatte. Sicherlich tut jetzt nicht Schadenfreude not oder eine unangemessene Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern Gelassenheit und der Wille zu einer sachlichen Zusammenarbeit. Die Vereinigten Staaten werden einsehen, genauso wie die deutsche Opposition, daß kein Land seine volkswirtschaftlichen Kräfte überspannen kann. Eine Überforderung der Volkswirtschaft durch Links- oder Rechtsideologen kann nicht ungestraft erfolgen.

Langfristig ist sinnvolle Verteidigungspolitik nur zu ermöglichen, wenn eine gesunde Wirtschaft dafür die Voraussetzung bietet. Diese sachliche und nüchterne Erkenntnis wird sich zunehmend aufgrund der ökonomischen Sachzwänge auch in den Vereinigten Staaten durchsetzen. Ohne großsprecherisch wirken zu wollen: Wieder einmal zeigt sich, daß im Vergleich zu Forderungen bestimmter Kreise von rechts oder von links die deutsche Politik im weitesten Sinne eine abgestimmte Politik der Sicherheit ist, bei der volkswirtschaftliche Vernunft und sicherheitspolitische Notwendigkeiten sich die Waage halten.

(-/27.8.1981/v0-he/ca)

+

+

+



Auf dem Friedensforum der SPD hat der Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses, Egon Bahr, am Donnerstag zehn Thesen vorgestellt. Wir dokumentieren sie hier.

Es gibt nur noch gemeinsame Sicherheit

Die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition, wie sie 1969 begonnen wurde, hat erreicht, daß Konflikte aus der deutschen Vergangenheit künftig den Frieden nicht mehr gefährden. Sie konnte nicht erreichen, daß neue Konflikte, nicht durch die Deutschen verursacht, sei es im Nahen oder Mittleren Osten, sei es durch die Benutzung des Öls als Waffe, auf uns einwirken.

Die Entspannungspolitik hat gewußt, daß sie ihre Fortsetzung auf militärischem Feld finden müßte, damit der Friede nicht sicherer, sondern sicher wird. Daraus wuchs das Konzept, zu vertrauensbildenden Maßnahmen und zur Reduktion der Landstreitkräfte in Mitteleuropa zu kommen. In Wien wird darüber verhandelt.

Der Kern dieser Politik bestand in der Erkenntnis, daß dies ohne Nachteile für die Beteiligten, das heißt ausgewogen, mit dem Ziel geschehen müsse, ein gemeinsames Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen (in westlicher Konferenzsprache: common ceiling). Das Wort "gemeinsam" spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Ziel dieser Politik ist es, nachdem umstrittene Grenzen unter die Verpflichtung des Gewaltverzichts gestellt wurden und politisch keine Spannung mehr erzeugen können, auch militärisch eine Situation zu erreichen, die durch Unfähigkeit zu einem erfolgversprechenden Angriff Sicherheit für alle Beteiligten bringt. Es würde zu weit führen, hier zu untersuchen, warum der Durchbruch nicht gelungen ist. Ich will nur sagen, daß die Friedenspolitik, wie sie in der ersten Reglerungserklärung Brandts bis zur letzten Schmidts formuliert wurde, - also: Kontinuität und Konzentration -, Basis der außenpolitischen Haltung der SPD bleibt.

Das ist der Hintergrund der These 1: Die SPD ist überzeugt und entschlossen, die Politik der Entspannung fortzusetzen.

Anzuknüpfen ist an den Begriff des gemeinsamen Gleichgewichts. Darin steckt zunächst einmal, daß zur Herstellung des Gleichgewichts zwei Seiten mitwirken müssen. Was Gleichgewicht ist, kann nicht eine Seite allein bestimmen. Um Gleichgewicht herzustellen oder zu erhalten, sind deshalb Verhandlungen erforderlich. Keine Seite wird einem Verhandlungsergebnis zustimmen, das der anderen eine gefährliche Überlegenheit geben würde. Gemeinsames Gleichgewicht zu erreichen, ist vereinbarte Politik im Bündnis wie in der Koalition. Wer dieser Politik davonlaufen wollte, sei es die USA oder die FDP, dürfte und würde nicht die SPD dazu veranlassen, von ihrer Überzeugung abzulassen.

These 2 lautet also: Gleichgewicht durch Verhandlungen ist die Gegenposition zu einer Politik der Überlegenheit, die die SPD weiterhin ablehnt.

Im gemeinsamen Gleichgewicht ist die Ablehnung der Überlegenheit und die Priorität der Verhandlungen mitenthalten. Im Grunde drückt es die Erkenntnis aus, daß die Entwicklung der Waffentechnik ermöglicht hat, daß die Menschheit sich vernichtet, mehrfach, und daß beide Seiten die Fähigkeit des zweiten, tödlichen Schlages haben. Partielle Überlegenheiten ändern daran nichts. Im Ergebnis hat das dazu geführt, daß Sicherheiten nicht mehr vor dem potentiellen Gegner zu erreichen ist, sondern nur noch mit ihm.

Das verlangt ein Umdenken, das radikal einen Schlußstrich unter die bisherige Geschichte zieht, die durch die meist mißlungenen Versuche gekennzeichnet war, die eigene Sicherheit durch Schwächung und - wenn möglich - durch Ausschaltung des Gegners zu gewinnen, was gelang bis ein Stärkerer kam. Aber Krieg als Ultimum ratio ist zur Ultimo irratio geworden. Krieg setzt den Willen zum Selbstmord voraus. Die Atomkräfte können sich nicht zur Kapitulation bringen. Ihre höhere Rüstung bringt nicht mehr Sicherheit, sondern nur mehr Gefährdung. Sicherheit ist nicht mehr militärisch zu gewinnen, sondern

nur politisch zu erreichen, nicht gegeneinander sondern miteinander. Das ist die Folgerung, die für die beiden Supermächte wie für beide deutsche Staaten gilt: Im Untergang wären alle vereint.

These 3 also: Es gibt nur noch gemeinsame Sicherheit

Schließlich führt die gemeinsame Sicherheit zu der Folgerung, daß Aussteigen in jederlei Form keine Alternative ist. Der einzelne kann aussteigen, ohne damit der Katastrophe, wenn sie käme, entrinnen zu können; Staaten und Völker können nicht aussteigen. Die beiden Bündnissysteme, Nato und Warschauer Pakt, haben ohne auf die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme und politischen Überzeugungen einzugehen, die sie repräsentieren, gemeinsam die Funktion, Sicherheit voreinander zu garantieren. Sie sind ein friedenssichernder, stabilisierender Faktor für Europa. Wer daraus einen Stein herausbrechen will, gefährdet die Stabilität. Abkoppeln wäre friedensgefährdend, gleichgültig, ob es die USA von Europa, die Bundesrepublik von der Nato oder die Polen von der Sowjetunion wollten, die beiden Bündnisse müssen zu Instrumenten entwickelt werden, miteinander das gemeinsame Interesse der Sicherheit zu organisieren.

Die Logik der bestehenden Umstände führt zu These 4: Gemeinsame Sicherheit ist nur mit den bestehenden Bündnissen erreichbar.

Wer Sicherheit will, muß bereit sein, Sicherheit zu geben. Das gilt zwischen Ost und West, das gilt auch im Osten und im Westen. Sicherheit verlangt Verlässlichkeit. Das Bündnis hat am 12. Dezember 1979 den Doppelbeschluß gefaßt. Die USA sind daran gebunden, die Bundesrepublik ist daran gebunden. Würden die USA nicht ernsthaft verhandeln, würden wir an unsere Zusage der Stationierung nicht mehr gebunden sein; würden wir ihn aufkündigen, würden die USA frei sein, nicht mehr ernsthaft zu verhandeln. Ohne Verhandlungen könnte die Sowjetunion ihre Rüstung wie bisher unbegrenzt fortsetzen, die USA ebenfalls. Einseitige Schritte, etwa der Sowjetunion, sind einseitig rücknehmbar. Verlässliche Sicherheit ist nur durch Vereinbarung zu erreichen. Der Doppelbeschluß ist die einzige Verpflichtung der USA, von der alten auf die neue Regierung übertragen, die wir in Europa für Verhandlungen haben. Wer ihn aufkündigen will, würde die Verhandlungen torpedieren und damit den einzig sichtbaren Weg zu mehr gemeinsamer Sicherheit torpedieren.

These 5 heißt: Unser Land kann seine Sicherheitspolitik nur auf der Basis des Doppelbeschlusses entwickeln.

Drei Faktoren waren für den Doppelbeschluß bestimmend:

1. Mit der Ratifizierung von SALT II würde die Sowjetunion auf interkontinentalem Sektor nachrüsten dürfen und bis Mitte der 80er Jahre das stabilisierende Niveau des gemeinsamen Gleichgewichts erreichen. Das Übergewicht der Amerikaner auf der interkontinentalen Ebene wäre also weg, das bis dahin die seit 20 Jahren bestehende sowjetische Überlegenheit auf dem Mittelstreckensektor ausbalanciert. Beide Supermächte beachten SALT, auch wenn es nicht ratifiziert wurde; aber wenn der SALT-Prozeß zusammenbräche, würde die Basis des Doppelbeschlusses entfallen. Unbegrenzte interkontinentale Rüstung plus neue Mittelstreckenraketen nach Europa müßten den Eindruck einer Politik machen, die nach Überlegenheit strebt und die wir ablehnen. Auch diese Verbindung zwischen SALT und Mittelstreckenraketen gibt es, sie wird in den nächsten zwei Jahren deutlich werden.
2. Die Sowjetunion hatte mit ihrer nicht begrenzten Aufrüstung der SS 20 eine Linie eingeschlagen, die durch Quantität eine neue politische Qualität der Überlegenheit in Europa schaffen würde, die unerträglich ist und Entspannung und gemeinsame Sicherheit beeinträchtigen müßte. Die Sowjetunion hat weder durch Ziffern noch durch politische Kriterien ihre Raketenrüstung begrenzt. Dagegen war die westliche Ankündigung der eigenen Raketenrüstung, verbunden mit dem Verhandlungsangebot, logisch.
3. Das westliche Bündnis hat beschlossen, seinen Bedarf an neuen Waffen im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse festzulegen. Das ist fortschrittlich, schafft keine Automatik und hat die eigenen Ziffern nur nach oben aber nicht nach unten begrenzt. Würde die Sowjetunion weiterrüsten, könnte eine Korrektur nach oben erfolgen. Würde die Sowjetunion zu Reduktionen bereit sein, entscheiden wir unseren Bedarf im Sinne des annähernden Gleichgewichts. Das kann logisch bis zu Null gehen. Die Produktion der Waffen ist deutlich abhängig gemacht worden von der politischen Verhandlung und



der politischen Entscheidung. Beide Seiten werden damit unter einen Druck gesetzt: Der Osten, weil er mit der Stationierung rechnen muß, der Westen, weil es die Sowjetunion in der Hand hat, durch eigenes Verhalten die Stationierung zu verhindern.

Aus diesen drei Grundfaktoren des Doppelbeschlusses ergibt sich als politische Haltung und Forderung der SPD, und wie ich überzeugt bin, liegt das im deutschen und sogar im europäischen Interesse, was wir auf dem Berliner Parteitag beschlossen haben: Daß nämlich die Verhandlungen mit dem Ziel geführt werden, die Stationierung neuer amerikanischer Raketen überflüssig zu machen. Wenn das nicht geht, ist das möglichst niedrigste Niveau anzustreben.

These 6 heißt damit: Als erstes Verhandlungsziel ist die Null-Lösung anzustreben.

Die Null-Lösung würde von der Sowjetunion verlangen, im Rahmen des globalen Gleichgewichts das annähernde Gleichgewicht in Europa, wie sie es 1978 zugesagt hat, vertraglich zu bestätigen. Wenn dies der Fall ist, ergäben sich entsprechende Reduktionen. Natürlich müßte eine solche Vereinbarung alle Mittelstreckensysteme einschließen, die auf Europa wirken und nicht bei SALT berechnet sind, also Raketen und Flugzeuge.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Vorwarnzeiten bei den Mittelstreckenraketen kurz sind, und daß es gegen sie praktisch keine Abwehr gibt. Die Gefährdung durch Raketen ist ungleich größer als durch Flugzeuge, gegen die auf beiden Seiten eine annähernd voll wirksame Verteidigung entwickelt wurde.

Die Mittelstreckensysteme Frankreichs und Großbritanniens, die nicht Gegenstand der Verhandlungen sind, müßten berücksichtigt werden bei der Feststellung des Gleichgewichts.

Die Sowjetunion müßte ihre Raketen abwracken beziehungsweise so weit zurückziehen, daß sie Westeuropa nicht mehr erreichen können. Es könnte der gegenseitigen Sicherheit dienen, die produzierenden amerikanischen Raketen in Amerika zu lassen, wenn die Zeit, die sie zur Stationierung im Krisenfall brauchten, etwa genauso lang wäre, wie die Sowjetunion brauchte, ihre Raketen wieder in eine für Westeuropa relevante Stellung zu bringen.

Es scheint mir offensichtlich zu sein, daß es vordringlich ist festzustellen, ob man sich über diese oder ähnliche politische Rahmenvereinbarungen verständigen kann. Wenn das nicht möglich ist, hilft auch kein Zählen von Raketen und Flugzeugen, - es wäre Zeitverschwendung. Am Anfang sollten also politisch die Umriss festgelegt werden, die dann durch die Experten auszufüllen sind. Das Zählen, wie es in Wien geschehen ist, sollte erst in zweiter Linie kommen. Falls man sich über die Grundlinien eines europäischen Raketenabkommens einigte, wäre die Zeit für ein Moratorium gekommen, wie es der Parteitag in Berlin vorgeschlagen hat. Würde man sich nicht einigen, käme die Stationierung an der Wende 1983/84. Ob man sich über den politischen Rahmen, für den ich einige Elemente genannt habe, verständigen kann, ist in den zwei Jahren festzustellen. Das Abkommen unterschriftsreif auszufüllen, wird länger brauchen. Es wird also aus politischen wie sachlichen Gründen darauf ankommen, sich auf das Jahr 1983 einzustellen.

Meine These 7: Die deutsche Politik sollte sich darauf konzentrieren, daß 1983 und nicht vorher, die wesentlichen Entscheidungen fallen, was aus dem Doppelbeschuß wird.

Die Bundesrepublik Deutschland hat wesentlichen Anteil an dem Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses; die SPD hat ihm - bei verständlichen Bedenken - zugestimmt. Niemand hat daraus geschlossen, die Deutschen würden sich damit anmaßen, über Atomwaffen, Produktion und Verwendung, zu verfügen. Wir haben die Rechte anderer respektiert, aber unsere vitalen Interessen wahrgenommen.

Der Anspruch auf Selbstverteidigung und Selbstbestimmung ist nicht aufgebbar. Selbstverteidigung gilt nach Osten und beinhaltet die Entschlossenheit, sich auch jedem Druck und jeder Erpressung zu widersetzen, ganz abgesehen davon, daß die Amerikaner kaum der Sowjetunion gestatten würden, uns zu erpressen, wenn die Sowjetunion so etwas wollte. Selbstbestimmung im Westen ist die prioritäre Tradition bundesdeutscher Politik seit Adenauer.

Bei Atomwaffen geht es um Existenzfragen. Deshalb ist zu verstehen, daß keine Atommacht die Verantwortung für ihre Existenz mit anderen teilt; aber daß sie mit ihrer Entscheidung über die Existenz anderer Staaten entscheidet, heißt, daß auf diesem Sektor nur die Atomkräfte Selbstbestimmung haben.



Wir haben Grund zu Überlegen, welche Verpflichtungen die Atomkräfte gegenüber Nicht-Atomkräften eingehen müssen, damit wenigstens Mitbestimmung über Existenzfragen für uns entwickelt wird. Hier handelt es sich nicht um eine Sache nur der Bundesrepublik Deutschland; es handelt sich um eine Situation, die wir mit den anderen Nicht-Atomwaffenstaaten in Europa teilen.

Meine These 8: Das europäische Element verdient für die nichtatomaren Staaten besonderes Gewicht.

Die Diskussion über die Neutronenwaffen ist uns von außen beschert worden. Wir haben diese Waffe weder erfunden noch sind wir dafür verantwortlich. Und nach Moskau ist zu sagen: Die Entrüstung über amerikanische Neutronenwaffen wäre überzeugender, wenn es eine internationale Verpflichtung der Sowjetunion gäbe, solche Waffen auf keinen Fall zu produzieren. Daß sich die Sowjetunion die Möglichkeit zur Produktion offen läßt, ist zwar verständlich, aber eben ein wichtiges Argument für uns, westliche Vorrüstung abzulehnen, die nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit führt.

Sie führt zu weniger Sicherheit, weil die Neutronenwaffen zwar unzweifelhaft Atomwaffen sind und mit ihrem Einsatz daher die Schwelle des atomaren Krieges, also des Endes unserer Existenz, überschritten würde, weil sie aber anders als alle anderen Atomwaffen gestatten, daß Gelände nach kurzer Zeit wieder zu benutzen, über dem sie eingesetzt wurden. Das soll ja gerade ihr Vorteil sein, daß sie "sauber" und nicht "schmutzig" sind, daß ihre Schade begrenzt und übersehbar sein soll. Es liegt in ihrem Charakter, daß sie benutzbar sind; es liegt in dem Charakter aller anderen Atomwaffen, daß sie abschrecken. Neutronenwaffen sind unbezweifelbar nicht nur verteidigungs-, sondern auch Angriffswaffen. Auf einer 203 mm-Haubitze mit einer Reichweite von 25 bis 29 Kilometer, also einer Panzerstunde, machen sie zudem die Bündnis-Regel, daß der amerikanische Präsident nach Konsultation der Verbündeten über ihren Einsatz entscheidet, zu einer bloßen Formsache, also zur gefährlichen Fiktion.

Ich weiß, daß es andere Meinungen gibt; aber auf dem Gebiet der Sicherheit haben wir gelernt, an den schlechtesten Fall zu denken. Und der schlechteste Fall ist für Deutschland die Senkung der Atomschwelle von beiden Seiten her.

Die SPD hat auf ihrem Parteitag in Hamburg in aller Klarheit gewünscht, daß die Stationierung von Neutronenwaffen verhindert wird. Für die Bundesregierung hat der Bundeskanzler klargestellt, daß sich für sie kein Entscheidungsbedarf ergibt, da die Amerikaner keinen Wunsch geäußert haben. Es gibt auch keinen Beschluß des Bündnisses über Neutronenwaffen, der uns bindet, auch auf diesem Feld ist insoweit die Situation mit denen der Raketen unvergleichbar.

Meine These 9: Die SPD wird bei ihrem Nein zur Neutronenwaffe auch 1982 bleiben.

In einer Lage, in der existentielle Entscheidungen gefragt sein können, ist es ein Zeichen der Reife, wenn viele Menschen sich engagieren, und es ist kein Wunder, sondern einfach richtig, daß viele Menschen die Gefährdung des Friedens für noch wichtiger halten als die Gefährdung der Umwelt. Sorge vor etwas und Leidenschaft für etwas müssen sich kontrollieren lassen durch Nüchternheit. Ohne die Herrschaft des Verstandes über die Emotion, wie man das vergebliche Bemühen der Sozialdemokraten um nationale Mehrheiten auch definieren kann, wird die atomare Welt in den Abgrund taumeln. Die neuen Waffen, die alles, worüber wir jetzt streiten, hinfällig machen können, sind schon auf dem Reißbrett. Aber wenn in unserem Land einige nichts gegen Emotionen für die Rüstung tun, aber vor der Emotion für die Abrüstung warnen, so ist das erbärmlich. Die Totengräber der Geschichte haben es immer verstanden, den Weg zum Untergang mit den Argumenten von der Bösartigkeit des Feindes zu pflastern. Gegenüber Frankreich, England, Polen und Rußland hat sich das als Irrtum herausgestellt, hinerher. Jeder weitere Irrtum wäre tödlich. Es ist eine Illusion, durch einseitige Rüstung Sicherheit bekommen zu wollen. Es ist eine Illusion, durch einseitige Abrüstung Sicherheit bekommen zu können.



Die Friedensbewegung setzt sich aus sehr unterschiedlichen Gruppen mit unterschiedlichen Motiven zusammen. Es gibt dabei Freunde und Gegner. Die SPD als demokratische Partei achtet dabei, daß die Toleranz gegenüber jedem gilt. Sie begrüßt auch die unbequemen Bürgerinitiativen. Initiativen sind das Gegenteil von Resignation. Friedensbewegung ist das Gegenteil von Aussteigen, jedenfalls nach unserem Verständnis.

Die SPD hat ihre Positionen der gemeinsamen Sicherheitspolitik bestimmt, in der Verantwortung, in der sie sich auch jenseits ihrer heutigen Regierungsverantwortung fühlt. In der Verpflichtung ihrer Geschichte, als zuverlässige Kraft des Friedens, der man allenfalls Schwäche, aber niemals Mangel an Ehrlichkeit des Willens vorwerfen kann.

Es kann sein, daß die SPD und die Friedensbewegung mehr gemeinsam haben als beiden bewußt ist. Zur Toleranz gehört, daß natürlich auch die Friedensbewegung ihren Standort bestimmt.

Meine These 10: Nachdem die SPD ihre Haltung bestimmt hat, ist es Sache der Friedensbewegung, zu bestimmen, wie weit sie mit uns gehen kann. Es wäre für das Ziel der Sicherheit durch Zusammenarbeit schädlich, wenn beide Kräfte auseinandergingen.

Lassen Sie mich eine Schlußbemerkung machen. In einer Lage, die innen- wie außenpolitisch für unser Land elementare Entwicklungen zeigt und Entscheidungen verlangt, kam es mir darauf an, deutlich zu machen, daß wir nicht ein Volk von Verteidigungsexperten zu werden brauchen, sondern daß politische Orientierung nötig ist. Jede meiner Thesen kann auch strategisch, taktisch und technisch untermauert werden.

Von CDU/CSU zu reden lohnt nicht; beide Parteien schlafen sich durch haltlose Verleumdung oder durch Willfährigkeit gegenüber den USA aus der ernsthaften Sachdebatte selbst aus. Sie entsprechen damit nach meiner Auffassung weder dem Interesse unseres Landes noch der demokratischen Verantwortung, die sie haben.

Wir sind zu einem Gespräch mit kritischen Menschen zusammengekommen, kritisch gegenüber der Entwicklung und gegenüber der SPD. Ich bin gespannt, welche meiner zehn Thesen durch Vertreter der Friedensbewegung abgelehnt wird oder wieviele wir teilen können. Die Diskussion darüber wird zeigen, wie breit die Basis sein kann zwischen SPD und Friedensbewegung, die bei unterschiedlicher Art der Verantwortung dem Frieden und der gemeinsamen Sicherheit verpflichtet sind. (-/27.8.1981/vo-he/ca)

+ + +

